

# „Ein Satz genügt“

Was ein Wissenschaftler empfiehlt

Der Mathematiker Friedrich Pukelsheim, 60, unterrichtet an der Universität Augsburg. Er plädiert für eine Änderung des Wahlsystems, die Überhangmandate abschafft und verhindert, dass ein Wähler mit seiner Stimme seiner Partei schadet.

**SZ:** Sie haben den Bundesverfassungsrichtern 2008 eine Alternative zum teils verfassungswidrigen Wahlrecht dargelegt. Was muss geändert werden?

**Friedrich Pukelsheim:** Das Gericht hat deutlich gesagt, nicht die Überhangmandate sind verfassungswidrig, sondern der Effekt des negativen Stimmgewichts. Dieser Effekt ist eine Abseitsfalle im Wahlsystem: Die Wähler geben ihre Stimme in dem Glauben ab, dass sie damit für ihre Partei etwas Positives bewirken – und dieser Schuss geht nach hinten los. Die Gefahr besteht bei der Bundestagswahl in neun von 16 Bundesländern. Das ist für den Wähler undurchsichtig und irritierend. Und es ist leicht lösbar. Deshalb halte ich die Drei-Jahres-Frist, die das Gericht dem Gesetzgeber zur Lösung gegeben hat, für zu großzügig.

**SZ:** Wie lange dauert es, ein verfassungsgemäßes Wahlrecht zu entwerfen?

**Pukelsheim:** Nicht mehr als eine Woche. Oder nicht einmal mehr als einen Tag, denn: Meine Lösung ist längst formuliert, und sie ist mathematisch überprüft. Ich schlage auch keinen großen Eingriff in das Wahlsystem vor. Eigentlich würde ein zusätzlicher Satz genü-



„Meine Lösung ist längst formuliert“:  
Friedrich Pukelsheim, Mathematiker.

Foto: oh

gen, und die Wahl müsste nicht mehr unter verfassungswidrigen Vorzeichen abgehalten werden.

**SZ:** Wie lautet der Satz?

**Pukelsheim:** Einfach gesagt: Auf eine bestimmte Anzahl von Zweitstimmen pro Partei entfällt ein Sitz im Bundestag – es sei denn, dass mit den Erststimmen schon diese Zahl an Mandaten zusammenkommt. Mit diesem simplen „es sei denn“ stellen wir eine Verbindung zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl her, die es bis jetzt so nicht gab und die im Übrigen auch das Bundeswahlgesetz fordert.

**SZ:** Was wäre die Folge?

**Pukelsheim:** Es würde keine Überhangmandate mehr geben. Stattdessen käme es zu einem Ausgleich zwischen den Landeslisten: Jeder durch Erststimmen errungene Sitz, der bisher zu einem Überhangmandat geworden wäre, stünde dann für eine andere Landesliste der Partei nicht mehr zur Verfügung. So wird man systemschonend das negative Stimmgewicht los, und die Wähler können ihre Stimmzettel mit derselben Mentalität ausfüllen wie bisher.

**SZ:** Gibt es eine verfassungskonforme Lösung, bei der die Regelung der Überhangmandate bestehen bleibt?

**Pukelsheim:** Ich glaube, das eine fällt mit dem anderen. Aber ich kann natürlich nicht ausschließen, dass es enorm komplizierte Lösungen gibt, die das Wahlrecht grundlegend umkrempeln und dabei die Überhangmandate in irgendeiner Art bestehen lassen.

Interview: Wolfgang Luef